

14.06.2013

Niederschrift

Schulausschuss

am 24.04.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Lars Hübchen

Herr Kay Schulte

Herr Michael Strobel

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Herr Peter Dörner

Herr Jörg-Uwe Ebner

Frau Martina Plath

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Barbara Streich

Kreistagmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Julius Will

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.

Herr Karl-Heinz Schimpf

Sachkundige Bürger/innen FWG

Herr Thomas Wolter

Sachkundige Bürger/innen GFL

Herr Kunibert Kampmann

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Helmut Gravert
Frau Kornelia Henning-Puls
Herr Peter Kötter
Frau Ursula Landskron
Herr Bernd Marreck
Herr Pfarrer Andreas Müller
Frau Bettina Vorberg
Frau Jutta Zierow

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Herr Manfred Aulbur

Verwaltung

Frau Ingelore Klemp
Herr Walter Marsiske
Herr Dr. Detlef Timpe

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die sachkundigen Bürger Herr Lars Hübchen und Herr Kay Schulte sowie das stellvertretende beratende Mitglied Herr Manfred Aulbur verpflichtet. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 054/13 | Errichtung eines neuen Bildungsganges Fachoberschule Klasse 11 und 12 Technik im Rahmen einer Schulortkooperation des Hellweg Berufskollegs in Unna und des Freiherr-vom-Stein Berufskollegs in Werne |
| Punkt 3 | 052/13 | Abschlussbericht zum Projekt ILJA - Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung |
| Punkt 4 | | Neues Übergangssystem Schule - Beruf in NRW - Kommunale Koordinierung beim Kreis Unna ab 01.01.2013 - Mündlicher Bericht der Verwaltung |
| Punkt 5 | | Gemeinsames Lernen am Hansa Berufskolleg - Mündlicher Bericht der Verwaltung |
| Punkt 6 | 051/13 | Bericht zur Entwicklung des Medienzentrums |
| Punkt 7 | 039/13 | Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2013 |
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 9** 048/13 Lernmittelbeschaffung für die Berufskollegs des Kreises Unna für das Schuljahr 2013/2014
Auftragsvergabe
- Punkt 10** Schülerspezialverkehr für die Regenbogenschule - Vorabinformation über die Auftragsvergabe
- Punkt 11** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern liegen nicht vor.

Punkt 2 054/13 Errichtung eines neuen Bildungsganges Fachoberschule Klasse 11 und 12 Technik im Rahmen einer Schulortkooperation des Hellweg Berufskollegs in Unna und des Freiherr-vom-Stein Berufskollegs in Werne

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:
Zum Schuljahr 2013/14 wird der Bildungsgang Fachoberschule Klasse 11 und 12 Technik im Rahmen einer Schulortkooperation des Hellweg Berufskollegs in Unna und des Freiherr-vom-Stein Berufskollegs in Werne errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmung

einstimmig beschlossen

Punkt 3 052/13 Abschlussbericht zum Projekt ILJA - Integration lernbehinderter Jugendlicher in Ausbildung

Erörterung

Herr Dr. Timpe geht kurz auf den Sachbericht der Drucksache 052/13 ein. Entscheidend sei die Überführung von ILJA in das Neue Übergangssystem (NÜS), wo man gesagt habe, das solle und müsse plausibelerweise im Neuen Übergangssystem Platz finden, was dort im Modellprojekt erprobt werden konnte. Es gehe letztendlich darum, Netzwerke, Kontakte zu transportieren auch mit den durchaus guten und positiven Einzelerfahrungen, die man dort in der Zusammenarbeit im Umgang miteinander gemacht habe. Das sei der zentrale

und durchaus auch bilateral Kontakte suchen, um nicht leichtfertig oder versehentlich Interessen und Motivlagen zu beschädigen. Insofern habe Qualität Vorrang vor Geschwindigkeit. Im nächsten Schritt gehe es nun um Kooperationsvereinbarungen mit diesen Partnern, was Arbeitsschwerpunkte, Kooperationsprinzipien und andere Aspekte betreffe. Sozusagen gehe es um eine gemeinsame Plattform. In Bezug auf die Zielvereinbarungen mit dem Land habe das schon sehr viel mit konkreten eingebrachten Arbeitsbeiträgen der jeweiligen Akteure und den Prioritäten, die man mit Blick auf die regionale Situation dort erwarte, zu tun. Ähnlich vernünftig und vorsichtig sei man in Richtung der Schulen gegangen. Vieles von dem, über das dort gesprochen werde, finde selbstverständlich mindestens in den Schulen statt. Gestern habe eine Auftaktveranstaltung mit allen Schulleitungen weiterführender Schulen im Kreis Unna in der Aula des Hellweg Berufskollegs gemeinsam mit der Bezirksregierung stattgefunden, in der die Bezirksregierung das Konzept des Landes nochmals grundsätzlich vorgestellt habe. Kreisseitig habe man die Gelegenheit genutzt, sich auch mit Gesichtern vorzustellen, was kommunale Koordinierung vom Grundverständnis her heiße und wer für welche Arbeitsbereiche zuständig sei. Insofern habe man versucht, im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen Akzeptanz auch von Seiten des Kreises zu gestalten. Dann gehe es operativ weiter. Die Berater für Studien- und Berufsorientierung würden eingeladen. Weiterer Punkt in dem Zusammenhang wäre die Zusammenarbeit des Kreises mit den Städten und Gemeinden. Konkret heiße das, dass die eingangs genannte Steuerungsgruppe in die Bürgermeisterkonferenz eingeladen worden sei, um dort in eine strukturierte Diskussion einzusteigen. Herr Dr. Timpe betont ausdrücklich, dass ihnen das kreisseitig ausgesprochen wichtig sei, um keine Irritationen aufkommen zu lassen. Das solle vernünftig entwickelt werden und ein Stück weit auch als Unterstützung angelegt sein, weil die Steuerungsgruppe und alle weiteren der zuvor genannten Akteure schon der Meinung seien, dass das jemand koordinieren müsse und das solle der Kreis übernehmen. Diese Bürgermeisterkonferenz finde im Mai statt und er sei da ganz zuversichtlich, so Herr Dr. Timpe.

4. Herr Dr. Timpe gibt alsdann unter dem Stichwort „Potentialanalyse ein Beispiel für die aktuelle Arbeit, um einen Punkt zu konkretisieren, der in der Anfangsphase bis 2015/2016 für alle erledigt sein solle und dann standardisiert und flächendeckend erfolge. In der Jahrgangsstufe 8 sollen dann ab 2015/16 an allen weiterführenden Schulen im Kreis Unna unter der Überschrift „Potentialanalyse“ Schülerinnen und Schüler individuell getestet werden. Dabei gehe es um die Schaffung von Beratungsgrundlagen. Darauf würden dann andere Dinge aufbauen, die etwas mit Berufsfeldorientierung/Berufsfelderkundung, Praktika, speziellen Beratungsangeboten der Agenturen etc. zu tun hätten. Das finde partiell im Kreis Unna schon an der einen oder anderen Schule statt. Vor dem Hintergrund des Zieljahres 2015/2016, dass das Land in Aussicht gestellt habe, des damit verbundenen und zu finanzierenden Aufwandes (100 Euro pro Kopf) und unter der Überschrift, dass der Kreis seitens der kommunalen Koordinierung den Schulen helfen wolle, so etwas „vernünftig abzuwickeln“, bereite der Kreis für die Schulen eine Liste mit Anbietern vor, die gewissen Qualitätsstandards entspreche, nicht nur unter Berücksichtigung von Landesvorgaben, sondern auch, was den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und die Einschätzung der regionalen Situation im Kreis angehe. Aus dieser Liste könnten die Schulen dann entsprechend auswählen. Die Abrechnung würde für die Schulen auch weitestgehend erleichtert. Ein guter Gedanke sei sicherlich, sich einmal vorab zu orientieren, was denn derzeit stattdende. Es sei trotz aller Akribie nicht möglich gewesen, sich mal eben so einen Überblick darüber zu verschaffen, wo, in welchem Umfang, in welcher Intensität, durch wen, mit welchen Erfolgen und wie nachhaltig möglicherweise mehrjähriges Praktizieren solcher Potentialanalysen im Kreis stattdende. Was derzeit passiere, sei nicht bekannt. Das genau wäre Teil des Problems und das, was alle im Auge hätten, einschließlich des Landes, wenn es um Begrifflichkeiten gehe. Es handele sich nicht nur um ordentliche Konzepte, sondern es gehe auch darum, Standards zu setzen und mit einer gewissen Verlässlichkeit, vor allem Nachhaltigkeit, diese Dinge sukzessive aufzubauen.

eine wesentliche Rolle einnehme in der Unterstützung der Lehrerfortbildung „Kompetenzteam“, da nach seiner Einschätzung die Lehrerfortbildung in der Tendenz eher zu- als abnehme. Das seien die beiden Punkte, die ihm noch einmal wichtig gewesen seien. Im Übrigen habe er eine Bitte, die nicht falsch verstanden werden solle: Er würde es begrüßen, wenn man dem Kreis ein Stück weit Vertrauen schenke und auch ein Stück Ruhe gönne und zunächst einmal abwarte, wie der Kreis das weiter entwickle, bevor dort weitere intensive Diskussionen über die Zukunft des Medienzentrums geführt würden. Was die inhaltlichen Dinge angehe, sei hier niedergelegt, dass der Kreis darüber hinaus Rationalisierungsmöglichkeiten im Rahmen des Vertretbaren entwickeln und sich darüber Gedanken machen werde. Er fände es schön und könne sich das nur wünschen, wenn in der politischen Diskussion mal eine Weile das Medienzentrum mit Ruhe betrachtet werde und nicht wieder zum Gegenstand von Drucksachen und Anträgen gemacht werde. Ansonsten sei jeder herzlich eingeladen, sich vor Ort umzuschauen.

**Punkt 7 039/13 Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna
- Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2013**

Erörterung

Der Vorsitzende, Herr Wiggermann, führt einleitend aus, dass kurzfristig zu diesem Thema zwei weitere Anträge vorgelegt worden seien, und zwar von der CDU-Kreistagsfraktion vom 23.04.2013 und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.04.2013. Es müsse beraten werden, wie mit diesen beiden Anträgen nun zu verfahren sei. Herr Wiggermann merkt an, dass es ein wichtiges Thema sei, das nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell von großer Bedeutung sei, was insbesondere die Betroffenen mit großer Sorge für ihre Zukunft sähen und was auch die Politik im Augenblick sehr beschäftige. Insofern sei es schon wichtig, dass diese Anträge nicht nur für den Fachausschuss, sondern auch für den Kreistag gestellt seien. Von daher bitte er um Vorschläge zur Verfahrensweise. Vorab noch eine Information, so Herr Wiggermann, die ihm direkt vor dieser Sitzung zugegangen sei, und zwar dass der Landtag heute beschlossen habe, eine Initiative der A-Länder, sozusagen federführend von Nordrhein-Westfalen aus, in Gang zu setzen, um den Bund aufzufordern, auch die weitere Finanzierung für diesen Bereich vorzunehmen.

Frau Lindstedt erklärt seitens der SPD-Fraktion, dass diese mit ihrem Antrag um einen Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna gebeten habe. Diesen Antrag möchte ihre Fraktion heute hier im Ausschuss als eingebracht betrachten, ebenso die kurzfristig eingebrachten Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die ebenfalls mit in den Bericht eingearbeitet werden könnten. Eine Diskussion und Beratung an dieser Stelle, so denke sie, könne heute an dieser Stelle nicht erfolgen, da auch der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie sich ebenfalls mit diesem Thema zu befassen habe. Von daher schlage sie vor, die Anträge zur Kenntnis zu nehmen und als eingebracht zu betrachten.

Herr Wette führt seitens der FDP-Fraktion aus, dass er sich den Ausführungen von Frau Lindstedt nur anschließen könne. Man sollte zunächst die Umsetzung des SPD-Antrages abwarten und die Anträge der CDU-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als eingebracht betrachten. Wenn der von der SPD-Fraktion eingeforderte Bericht vorliege, werde vieles klarer sein. Ziel sei es, das Thema vernünftig aufzuarbeiten, wenn es denn tatsächlich zu einer Beschlussfassung im Kreisausschuss/Kreistag im Juni kommen sollte.

Frau Streich nimmt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bezug auf die Schulausschusssitzung am 21.11.2012. Dort habe sie für ihre Fraktion die Anfrage gestellt, ob es nicht sinnvoll sei, sich auch verwal-

tungsseitig mit dem Thema Schulsozialarbeit zu befassen. Diese sei ins Leere gelaufen. Nach dem Vortrag von Frau Zierow zu TOP 5 und den Erfahrungsberichten der Schulleitungen hier im Schulausschuss, wie wichtig und unverzichtbar Schulsozialarbeit sei, müsse man dafür Sorge tragen, dass die Schulsozialarbeit weitergehe, wer auch immer es finanziere. Für die Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter im Kreis müsse eine langfristige Perspektive geschaffen werden. Schulsozialarbeit gewährleiste allen Schülerinnen und Schülern Bildung und Teilhabe. Sie sei wichtig für die Förderung von Schülern und unverzichtbar. Von daher habe die Grüne Fraktion den Antrag gestellt, um Perspektiven zu bekommen. In Dortmund habe vor einigen Tagen ein „Runder Tisch“ stattgefunden, wo angedacht worden sei, eine Auffanggesellschaft zu gründen, um Schulsozialarbeiter nicht entlassen zu müssen. Frau Streich geht nochmals auf die eingangs von Herrn Wiggermann gemachte Anmerkung zur Information des Landtages ein. Es sei richtig, dass der Landtag heute entschieden habe, dass Schulsozialarbeit weiter finanziert werden solle und der Bund die Weiterfinanzierung über eine Entfristung der Bundesfinanzierung fortsetzen solle. Darüber wäre noch zu entscheiden. Aber prinzipiell sei es richtig, was die GRÜNEN im Land gefordert haben. Sie halte die Schulsozialarbeit im Kreis für wichtig und unverzichtbar. Man hätte 94 Beschäftigte in der Schulsozialarbeit im Kreis Unna, denen man weiter eine Perspektive geben müsse, vor allem vor dem Hintergrund dieser wichtigen Arbeit.

Herr Ebner führt seitens der CDU-Fraktion aus, dass ihn gerade die letzten Worte von Frau Streich dazu veranlassen würden, nochmals Stellung zu nehmen, obwohl er glaube, dass der Antrag der CDU-Fraktion alles beinhalte, was dazu zu sagen wäre. Dass es hier Handlungsbedarf gebe, sei unumstritten. Dass die Forderung eines Berichtes des Landrates zwar ein Schritt in diese Richtung sei, seine Fraktion aber damit nicht zufrieden gewesen wäre, daraus resultiere ihr Antrag, der um den Handlungsauftrag an den Landrat erweitert sei, beim Land Nordrhein-Westfalen die Fortsetzung der Finanzierung der Schulsozialarbeit über das Jahr 2013 zu erwirken. Er mache dazu im letzten Absatz ihres Antrages deutlich, dass das Land dafür zuständig sei. Bei Bundesmitteln gebe es verfassungsrechtliche Probleme, auch wenn der Landtag heute so etwas entschieden habe, was er nicht wisse. Er habe diese Information auch nur indirekt bekommen. Deshalb ihr Antrag, der Landrat solle, damit es zügig voran gehe und man es auf feste Füße stellen könne, diesen Antrag doch unterstützen. Er habe kein Problem damit, wenn hier noch Diskussionsbedarf bestehe, um dann später zu entscheiden.

Herr Schimpf erklärt für die Fraktion DIE LINKE., dass seine Fraktion selbstverständlich auch der Meinung sei, dass diese Schulsozialarbeit im Kreis Unna dringend notwendig wäre und auch fortgesetzt werden müsse. Er denke auch, dass es sich eigentlich bei der Schulsozialarbeit originär um Landes- oder kommunale Aufgaben handele, nicht um eine Bundesaufgabe. Nun habe man die Bundesfinanzierung und seine Fraktion fordere auch, dass die Bundesfinanzierung weiter geführt werde und man Wege finde, auch wenn es verfassungsrechtliche Hürden gebe; seine Fraktion habe diese Finanzierungshürden schon immer für problematisch gehalten. Die SPD-Fraktion fordere nun mit ihrem Antrag einen Bericht des Landrates. Das sehe er nicht als Lösung. Der konkreteste Ansatz sei der im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, den er für seine Fraktion mit unterstütze. Das wäre zumindest eine Übergangslösung. Er glaube, dass man das Thema nicht auf die lange Bank schieben könne und er möchte noch mal deutlich sagen, dass seine Fraktion den Vorschlag einer Auffanggesellschaft, wie es jetzt in Dortmund diskutiert werde, von Seiten der GRÜNEN auch unterstütze. Er sei dafür, tatsächlich über den Antrag der GRÜNEN abzustimmen.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass er, bevor jetzt die Diskussionen hier weiter gingen, einige Fakten dazu beitragen möchte. Den Antrag der GRÜNEN habe er auch sehr kurzfristig erhalten. Dieser Antrag enthalte einen Prüfungsauftrag. Wenn hier eine Beschlussempfehlung an den Kreistag erfolgen würde, eine Auffanggesellschaft zu gründen und der Kreis sie bezahle, dann würde er, unabhängig von seiner derzeitigen Funktion als Kämmerer auch als Schuldezernent an dieser Stelle heftig widersprechen. Er hoffe, dass alle wüssten, dass man

hier erst einmal nicht über Dinge rede, die allein der Kreis finanziere, ein Volumen von 2 Mio. Euro Bildungs- und Teilhabepaket. Man rede auch nicht über 94 Stellen, die aus dem Bildungs- und Teilhabepakt vom Kreis finanziert würden, sondern man rede über Schülerzahlen, die man proportional mit den Städten und Gemeinden vereinbart haben, also über Dinge, die die Städte und Gemeinden machten und im Zweifelsfall auch finanziell abdecken müssten. Ganz wichtig, rede man über nicht mehr als 90 Stellen, finanziert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, sondern die Hälfte davon. Der Rest der Stellen, z. B. Schulsozialarbeit beim Kreis Unna (ein knappes Dutzend), da sollte man nicht durch irgendwelche grobkörnigen Darstellungen, vorsichtig gesagt, Unsicherheiten hereintragen. Die hätten völlig reguläre Arbeitsverhältnisse, die entfristet seien und die auch nicht in irgendeiner Weise zur Disposition gestellt würden. Das noch einmal der Ordnung halber, wenn wirklich der Wunsch bestehe, hier heute weiter zu diskutieren, dass man ein paar Fakten im Hinterkopf habe. Nochmals ganz deutlich auf den letzten Wortbeitrag gezielt, man könne nicht einfach so etwas beschließen, ohne die Kostenfolgen im Auge zu haben, so Herr Dr. Timpe. Er weist nochmals darauf hin, dass bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 die Schulsozialarbeit finanziert sei.

Herr Ebner äußert, dass das genau das bestätige, was man erreichen wollte. Dass es langfristig weiter garantiert werde und es in den richtigen Händen sei. Entständen solche Reibungsverluste, dass ein Schulleiter für das Personal in seinem Hause keine Weisungsbefugnisse habe, laufe da etwas schief. Das müsse zusammengezogen und geregelt werden. Da sei er mit seiner Fraktion einig, dass das nur Landesaufgabe sein könne und nur durch das Land geregelt werden könne. Von daher bitte er, langfristig dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen, auch wenn heute noch Beratungsbedarf bestünde und die Entscheidung dann im Kreistag zu treffen, wäre er damit einverstanden.

Herr Kampmann (GFL) führt aus, dass er die Ausführungen von Herrn Ebner unterstützen könne, denn die Behindertenrechtskonvention sei von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden und damit habe man den Ländern Aufträge erteilt und gesagt, ein Schulsystem zu bilden, das inklusiv sei. Damit verbunden seien automatisch erweiterte Aufgaben. Dazu gehöre aus Sicht der GFL in den Stellenplan einer jeden Schule ein Schulsozialarbeiter, weil sich bei einer inklusiven Beschulung eigentlich die Notwendigkeit der Unterstützung durch Schulsozialarbeiter ergebe. Von daher sehe die GFL es auch eher, dass es Aufgabe des Landes sei. Er fände es auch nicht richtig, wenn es an die Städte und Gemeinden gegeben würde und sie darüber eigenständig entschieden, weil er dann auch die Gefahr sehe, dass man sehr unterschiedliche schulische Entwicklungen habe. Das wäre auch keine einheitliche Schulentwicklung vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Konzeptes.

Frau Streich erklärt, dass man ja gar nicht so weit auseinander liege in den Bestrebungen, die Schulsozialarbeit hier im Kreis erhalten zu wollen. Der Antrag der GRÜNEN, so betont Frau Streich, enthalte lediglich einen Prüfauftrag. Es sollte damit nicht erreicht werden, eine Auffanggesellschaft zu gründen.

Herr Wiggermann fasst die Diskussion zusammen und erklärt, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag und mit der Begründung der Kurzfristigkeit auch die Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN als eingebracht betrachten und weiter diskutieren möchte, um dann im Kreistag am 18.06. zu einer Entscheidung zu kommen. Die FDP-Fraktion sehe das genau so. Er habe von der CDU-Fraktion vernommen, dass nach der Begründung des eigenen Antrages die Fraktion nichts dagegen hätte, so zu verfahren. Auch den Ausführungen der Fraktion DIE GRÜNEN habe er entnommen, dass man grundsätzlich nichts gegen eine solche Verfahrensweise einzuwenden habe.

Daraufhin erklärt Frau Streich seitens der Fraktion DIE GRÜNEN, dass es vielleicht Sinn mache, wenn Beratungsbedarf aufgrund der Kurzfristigkeit ihres Antrages bestehe, heute nicht darüber abzustimmen.

